



NEUDRUCK

Sportausschuß

13. Sitzung (nicht öffentlich)

25. November 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.00 Uhr

Vorsitzender: Heinz-Helmich van Schewick (CDU) (Stellv.)

Stenograph: Wolfgang Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/1200 und 12/1390

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport
Beilage 3 19. Landessportplan

Vorlagen 12/826 und 12/834

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung
Kapitel 06 510 Deutsche Sporthochschule Köln

in Verbindung damit:

Seite

Artikel I §§ 16, 24, 25 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1202
Vorlage 12/965

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird dieser Punkt vertagt. Ein neuer Termin - möglichst vor der nächsten Plenarsitzung - soll unter den Fraktionssprechern abgesprochen werden (Ergebnis der Absprache s. Seite III).

2 Erneute Olympiabewerbung des Ruhrgebiets prüfen 2

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksachen 12/1353 und 12/1398

Der Sportausschuß verständigt sich darauf, daß die von der CDU in der heutigen Sitzung vorgelegte Formulierung für einen gemeinsamen Antrag zunächst in den Fraktionen beraten, möglicherweise zwischenzeitlich unter den Fraktionssprechern abgestimmt und in der nächsten Beratungssitzung wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird.

3 Sanierung und Modernisierung vor Neubau von Sportanlagen 3

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1179

Der Antrag der CDU Drucksache 12/1179 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

Seite

**4 Beitrag des Sports zur Bereitstellung bedarfsgerechter Ganztagsangebote
an allen Schulformen**

5

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/1180

Die Beratung des Antrags Drucksache 12/1180 wird einvernehmlich vertagt, bis der Abschlußbericht über die Modellversuche in Duisburg, Hilden und Remscheid vorliegt.

Nächste Sitzung: 11. Dezember 1996, 9.30 Uhr (vor dem Plenum)

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt stellvertretender Vorsitzender Heinz-Helmich van Schewick die Grüße des Ausschußvorsitzenden, Uwe Herder, mit dem er unmittelbar vor der Sitzung telefoniert habe, an die Ausschußmitglieder weiter.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/1200 und 12/1390

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport
Beilage 3 19. Landessportplan

Vorlagen 12/826 und 12/834

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung
Kapitel 06 510 Deutsche Sporthochschule Köln

in Verbindung damit:

Artikel I §§ 16, 24, 25 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1997 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1997 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1202
Vorlage 12/965

Zu diesem Tagesordnungspunkt teilt **Dr. Hans Kraft SPD** mit, daß seine Fraktion aus den bekannten Gründen, die auch in der Presse gestanden hätten, heute keine Anträge vorlegen könne. Er bitte deswegen darum, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und ihn alsbald in einer Sondersitzung zu behandeln.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) macht deutlich, daß ihre Fraktion nach der Lektüre der Presse auf diesen Vertagungsantrag vorbereitet gewesen sei. Sie schlägt eine Sitzung des Sportausschusses vor der nächsten Plenarsitzung vor, um einen zusätzlichen Sitzungstermin zu vermeiden.

Gerd Mai (GRÜNE) schließt sich dem Vertagungsantrag an.

Der **stellvertretende Vorsitzende** bittet die Fraktionssprecher, sich nach der heutigen Sitzung auf einen neuen Termin zu verständigen.

2 Erneute Olympiabewerbung des Ruhrgebiets prüfen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksachen 12/1353 und 12/1398

Dr. Annemarie Schraps (CDU) begründet den Antrag: Ihrer Fraktion liege sehr daran, daß das Thema "Olympia im Ruhrgebiet" wieder auf die Tagesordnung komme. Sie erinnert daran, daß die Bewerbung für das Jahr 2000 seinerzeit zugunsten Berlins zurückgezogen worden sei. Es sei nun an der Zeit, daß sich das Ruhrgebiet wieder zu Wort melde, wie es nach den Olympischen Spielen von Atlanta auch geschehen sei. Die CDU wolle diese Meldung mit ihrem Antrag unterstützen, mit dem sie Fragen aufgreife, die vor einer offiziellen Bewerbung noch geklärt werden müßten.

Nachdem die CDU auch den Entschließungsantrag der SPD und der GRÜNEN noch einmal sorgfältig durchgearbeitet habe, schlage sie wegen der weitgehenden Übereinstimmung der beiden Anträge im Interesse des Sports vor, einen gemeinsamen Antrag zu verabschieden, für den die CDU eine Formulierung vorbereitet habe, die - gegebenenfalls auch nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung - der weiteren Beratung zugrunde gelegt werden sollte.

Dr. Hans Kraft (SPD) gibt zu bedenken, daß der neue Formulierungsvorschlag sowohl in der Fraktion als auch mit dem Koalitionspartner noch beraten werden müsse. Daher schlage er vor, die weitere Beratung des Tagesordnungspunktes für die nächste Sitzung vorzusehen.

Heidi Berger (SPD) verweist auf die Plenardebatte, in der sie einzelne Punkte des CDU-Antrags angesprochen habe, die die SPD nicht übernehmen könne.

Gerd Mai (GRÜNE) erklärt die grundsätzliche Bereitschaft seiner Fraktion zu Gesprächen über dieses Thema, bei dem man nicht unter Zeitdruck stehe.

Er weist auf den Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN hin, den man vorgelegt habe, weil der CDU-Antrag auf Kritik der Regierungsfractionen gestoßen sei. So könne es nicht angehen, daß die Landesregierung einfach aufgefordert werde, eine Stadt als Hauptbewerberin zu bestimmen.

Man könne sich annähern, wenn die Formulierungen die richtige Reihenfolge einhielten, nämlich zunächst die Rahmenbedingungen zu prüfen, dann Akzeptanz zu schaffen und zum Schluß verantwortlich zu entscheiden.